

(2001/C 174 E/263)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0029/01  
von Cristiana Muscardini (UEN) an die Kommission**

(17. Januar 2001)

*Betrifft:* Präventivmaßnahmen im Kampf gegen den Krebs

In ihrem Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Krebs hatte die Kommission Präventivmaßnahmen vorgesehen, unter anderem auch in Bezug auf den Tabakkonsum, der als eine der Ursachen für Lungenkrebs gilt. Antiraucherkampagnen werden in allen Ländern der Union durchgeführt, und dort, wo die Bevölkerung diese positiv aufnimmt, ist eine Verringerung der Sterblichkeitsrate festzustellen. Bekanntlich werden die schädlichen Substanzen, die allgemein unter dem Namen „Teer“ bekannt sind, durch die Verbrennung von Tabak verursacht. Die Senkung beziehungsweise die Beseitigung des Teergehalts dürfte die Risiken verringern und würde insofern eine wirksame Prävention darstellen.

1. Ist der Kommission bekannt, daß es im Handel Mundstücke namens „Bogart“ gibt, die Mikrofilter enthalten, mit denen je nach Zigarettenmarke bis zu 80 % des gesamten Teers herausgefiltert werden können?
2. Ist ihr bekannt, daß sich durch Forschungen, die in diesem spezifischen Bereich durchgeführt wurden, nachweisen lässt, daß der Teergehalt durch die Verwendung von speziellen Mikrofiltern gesenkt werden kann?
3. Falls ja, hält sie dies nicht für ein Mittel, das zu den Präventivmaßnahmen gegen den Konsum von Rauchtabak und damit schließlich gegen den Krebs zu zählen ist?

**Antwort von Herrn Byrne im Namen der Kommission**

(28. Februar 2001)

Der Kommission sind die betreffenden Produkte bzw. die von der Abgeordneten genannten besonderen Forschung über Filter nicht bekannt; sie wäre für weitere Informationen hierzu dankbar.

(2001/C 174 E/264)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0041/01  
von Francesco Turchi (UEN) an die Kommission**

(16. Januar 2001)

*Betrifft:* Abschaffung des Programms „Europartnerschaft“

Für kleine und mittlere Unternehmen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen oder insbesondere in unter die Ziele 1 und 2 fallenden Regionen war das Gemeinschaftsprogramm „Europartnerschaft“ ein wertvolles Instrument, um die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in Regionen mit Entwicklungsproblemen und von den großen zentralen Absatzmärkten entfernt liegenden Regionen zu fördern.

Die beiden Veranstaltungen, die jedes Jahr im Rahmen des Programms stattfanden, boten nämlich ausgezeichnete Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmern und Unternehmern anderer europäischer Regionen, wobei auf den Mittelmeerraum als strategisch bedeutende Entwicklungsregion besonderes Gewicht gelegt wurde.

Die Kommission hat beschlossen, diese Initiative trotz der erzielten Ergebnisse auszusetzen.

Sie wird daher gebeten, mitzuteilen:

1. welche Gründe sie tatsächlich zu diesem Beschluß bewogen haben;
2. ob sie nicht der Ansicht ist, daß mit der Abschaffung des Programms die Wirtschaftsakteure in diesen Regionen weiter benachteiligt werden;
3. ob derzeit Maßnahmen oder Programme der Partnerschaft zur Förderung der Unternehmertätigkeit in diesen benachteiligten Gebieten geprüft werden.

**Antwort von Herrn Liikanen im Namen der Kommission**

(14. Februar 2001)

1. Die Kommission hat ihre Prioritäten neu gesetzt. Unter anderem hält sie es nicht mehr für sinnvoll, sich direkt an der Organisation von Europartnerschaft-Veranstaltungen zu beteiligen. Diese Entscheidung hat die Kommission im Rahmen der Neuausrichtung ihrer Tätigkeit getroffen. Sie will sich künftig verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und ihre direkten Aktionen einschränken.

2. Nach Ansicht der Kommission bringt diese Entscheidung den lokalen Wirtschaftsakteuren keine Nachteile. Sie entspringt weder einer Geringschätzung des Nutzens von Europartnerschaft-Veranstaltungen, noch stellt sie die künftige Durchführung solcher Veranstaltungen in Frage.

Die Kommission ist davon überzeugt, daß auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene weiterhin genügend Wirtschaftsteilnehmer bereit sind, solche Veranstaltungen zu organisieren, sei es mit oder ohne finanzielle Beteiligung der Kommission. Die Entscheidung des Rates vom 20. Dezember 2000 über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005)<sup>(1)</sup> sieht vor, daß die Kommission die Durchführung von Veranstaltungen zur Unternehmenskooperation durch geeignete Maßnahmen fördert.

3. Die Kommission wird allerdings kein spezifisches Programm zur finanziellen Unterstützung solcher Veranstaltungen ausarbeiten. Sie wird sich weiterhin darum bemühen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und die Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern, das aber mit anderen Mitteln, z.B. über ihr Programm „Innovation“ oder durch die Möglichkeit für Beitrittsländer, sich am genannten Mehrjahresprogramm zu beteiligen.

Im Rahmen der Regionalpolitik können für die Förderung von KMU weiterhin Mittel aus den Strukturfonds in Anspruch genommen werden.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 333 vom 29.12.2000.

(2001/C 174 E/265)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0043/01****von María Rodríguez Ramos (PSE) an die Kommission**

(16. Januar 2001)

*Betrifft:* Beseitigung von Kadavern von Wiederkäuern im Zuge der BSE-Bekämpfung

Die Kommission hat sicherlich durch die Medien Kenntnis davon erhalten, daß in einer ehemaligen Quarzmine in Mesía, Galicien, 300 Stück Vieh entsorgt wurden, deren Hirngewebe in keiner Weise untersucht wurde.

Dieser Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht ist um so schwerwiegender, als ausgerechnet die autonome Verwaltung dies veranlasst hat, da sie von der galicischen Regionalbehörde beauftragt wurde, die Tierkadaver entgegenzunehmen, um sie später zu verbrennen.

Das spanische Landwirtschaftsministerium hat bei diesem Skandal eine alarmierende Untätigkeit an den Tag gelegt und deutlich gemacht, daß es keinen Handlungsbedarf gegen die Regionalregierung sieht, da nach seiner Ansicht diese Maßnahme im Rahmen der Bekämpfung von BSE keiner Korrektur bedarf.